

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Ausschuss für Europafragen und Eine Welt

12. Sitzung am 29.08.2017
– Öffentliche Sitzung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 14:02 Uhr

Ende der Sitzung: 14:47 Uhr

Tagesordnung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1. Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2016
Bericht (Unterrichtung)
Landesregierung
– Drucksache 17/3209 –
2. Ergebnisse der 74. Europaministerkonferenz der Länder am
17./18. Mai 2017 in Wismar
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen
Vereinbarung
Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Me-
dien und Digitales
– Vorlage 17/1696 –
3. Ergebnisse der 123. Plenartagung des Ausschusses der Regi-
onen vom 11. bis 12. Mai 2017
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen
Vereinbarung
Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Me-
dien und Digitales
– Vorlage 17/1705 –

Ergebnis:

S. 3

Kenntnisnahme
(S. 4)

Kenntnisnahme
(S. 8 – 9)

Kenntnisnahme
(S. 10)

Tagesordnung (Fortsetzung):

Ergebnis:

- | | |
|--|---------------------------|
| 4. Deutsch-Französischer Ministerrat
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Vorlage 17/1803 – | Erledigt
(S. 11 – 12) |
| 5. Stand der Brexit-Verhandlungen
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 17/1807 – | Erledigt
(S. 3, 5 – 7) |
| 6. Wirtschaftliche Folgen des Brexit – erste Erkenntnisse aus den
Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/1810 – | Erledigt
(S. 3, 5 – 7) |
| 7. Verschiedenes | S. 13 |

12. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 29.08.2017
– Öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hartenfels eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Staatssekretärin Raab.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnungspunkte

5. Stand der Brexit-Verhandlungen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 17/1807 –

6. Wirtschaftliche Folgen des Brexit – erste Erkenntnisse aus den Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/1810 –

gemeinsam aufzurufen und zu behandeln.

Des Weiteren kommt der Ausschuss überein, im Anschluss an Punkt 1 die Punkte 5 und 6 der Tagesordnung aufzurufen und zu behandeln.

12. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 29.08.2017
– Öffentliche Sitzung –

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2016

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/3209 –

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 17/3209 –
Kenntnis (siehe Vorlage 17/1863).

Punkte 5 und 6 der Tagesordnung:

5. Stand der Brexit-Verhandlungen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 17/1807 –

6. Wirtschaftliche Folgen des Brexit – erste Erkenntnisse aus den Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/1810 –

Frau Staatssekretärin Raab gibt bekannt, laut der heutigen rheinland-pfälzischen Presse sei nach der IHK-Umfrage deutlich geworden, dass sich die Bürger von Rheinland-Pfalz, insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen, Gedanken über die möglicherweise nachteiligen Auswirkungen des Brexits machten.

An vielen Stellen und auf vielen Ebenen werde daran gearbeitet, das Thema zu begleiten. Zudem würden in Bezug auf die Unternehmen, die eine Verlagerung von Großbritannien in das Umfeld von Rheinland-Pfalz in Erwägung zögen, Vorbereitungen getroffen. Es werde sich um die rheinland-pfälzischen Bürger gekümmert, die selbst oder deren Angehörige in Großbritannien lebten bzw. die dort wirtschafteten, sowie um die britischen Bürger in Rheinland-Pfalz.

Am gestrigen Tag, einem Feiertag in Großbritannien, habe die dritte Verhandlungsrunde zum Brexit begonnen. Am 27. September 2017 werde die Europaministerkonferenz stattfinden. Dies betreffe auch den Bundesrat. Auf vielen Ebenen bräuchten sich die deutschen Bundesländer ein. Es gebe Belange, die im föderalen System ausschließlich die Bundesregierung vertrete. Andere würden von Bund und Ländern vertreten. Zudem übernahmen in Deutschland ausschließlich die Länder bestimmte hoheitliche Aufgaben.

Der offizielle Austrittsprozess habe am 29. März 2017 begonnen. Grundlegende Prioritäten umfassten die Rechte der in Großbritannien lebenden EU-Bürger sowie der in der EU lebenden britischen Bürger und die finanziellen Folgen des Brexits im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Finanzrahmen.

Der mehrjährige Finanzrahmen werde ohne einen Beitrag des Vereinigten Königreiches deutlich geschmälert. Das Vereinigte Königreich sei im Jahr 2014 mit einem negativen Nettosaldo von 4,9 Milliarden Euro nach Deutschland und Frankreich drittgrößter Nettozahler gewesen. Es werde von einer künftigen Finanzierungslücke ausgegangen. Das Schließen diese Lücke sei gegenwärtig Gegenstand vieler Gespräche der 27 Mitgliedstaaten ohne Großbritannien.

Ein weiteres großes Thema stelle die EU-Außengrenze zwischen der Republik Irland und dem britischen Nordirland dar.

Über Verhandlungsfortschritte könne noch nicht berichtet werden.

Nach Beginn der Austrittsverhandlungen am 19. Juni 2017 finde derzeit die dritte Verhandlungsrunde statt. Die EU bemühe sich darum, den Prozess in einer möglichst großen Transparenz zu führen. Die Länder versuchten, eigene Anliegen einzubringen.

Die Europaministerkonferenz habe im März dieses Jahres einen entsprechenden Beschluss gefasst und ihn über die Ministerpräsidentenkonferenz an die Bundesregierung weitergeleitet. Nunmehr seien zwei Bundesratsbeauftragte aus Niedersachsen bzw. Bayern bestellt worden.

Am 27. Juli 2017 sei eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe konstituiert worden. Sie selbst berichte mittlerweile beinahe wöchentlich im Ministerrat. In der Abteilung 5, Europa und Internationales, sei eine Brexit-Gruppe gebildet worden, die sich an allen drei Standorten, in Brüssel, Berlin und Rheinland-Pfalz, um eine gute Kommunikation bemühe, sodass alle Informationen ebenso wie die rheinland-pfälzischen Interessen passgenau eingeflochten würden.

12. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 29.08.2017
– Öffentliche Sitzung –

Im Vorfeld der Europaministerkonferenz werde auf Basis der Unterlagen von Niedersachsen und Bayern eine Ressortabfrage getätigt, um die Interessen gut in den Prozess einzubringen.

Es werde davon ausgegangen, dass alle Politikbereiche mit unterschiedlich starker Ausprägung vom Brexit betroffen sein würden. Die EU-Referenten der Häuser sollten eingebunden werden. Gerne werde im Ausschuss für Europafragen und Eine Welt zu dem Thema berichtet.

Einige Branchen seien stärker als andere betroffen. Daher werde es Gespräche mit der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, also Unternehmen, Verbänden und Interessensvertretern, geben.

Die Wirtschaftsministerkonferenz habe zudem beschlossen, den Verhandlungsprozess über eine spezielle Arbeitsgruppe eng zu begleiten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sollten insbesondere auf eine Fortgeltung, Übernahme oder Modifikation von Regelungen des europäischen Binnenmarktes im Verhältnis zum Vereinigten Königreich sowie Folgen der EU-Kohäsionspolitik geprüft werden.

Zusätzlich seien Arbeitsebenen mit anderen deutschen Ländern geschaffen worden. Einige europäische Institutionen sollten nach gegenwärtigem Verhandlungsstand ihren Standort nach dem Brexit nicht mehr in London haben. Dies betreffe die Europäische Arzneimittel-Agentur mit etwa 900 Beschäftigten sowie die deutlich kleinere Europäische Bankenaufsichtsbehörde.

Sie selbst nehme für Rheinland-Pfalz an beiden Arbeitsgruppen teil. Die Bundesrepublik Deutschland habe mittlerweile für die Europäische Arzneimittel-Agentur eine Bewerbung für den Standort Bonn abgegeben. Wegen der Nähe zu Nordrhein-Westfalen gebe es ein gemeinsames Standortmarketing, das früh mit Nordrhein-Westfalen sowie in der Region Bonn, Remagen, Sinzig, Bad Breisig und Ahrweiler auf den Weg gebracht worden sei. Geworben worden sei mit den Schulangeboten, Bilingualität und Wohnqualität.

Rheinland-Pfalz bringe sich mit den hessischen Nachbarn aktiv in einer Arbeitsgruppe zur Europäischen Bankenaufsichtsbehörde ein. Dort habe die Bundesregierung noch keine Bewerbung abgegeben. Die Verhandlungen liefen noch. Falls beide Institutionen nach Deutschland gingen, gestalte sich dies im Kreis der 27 Mitgliedstaaten möglicherweise nicht einfach.

Zu diesen beiden Institutionen befinde sich Rheinland-Pfalz in intensiven Gesprächen.

Herr Vors. Abg. Hartenfels bedankt sich für den Bericht.

Frau Abg. Willius-Senzer fragt, wer seitens der Verhandlungsdelegationen die Mitgliedsländer informiere, woher die Landesregierung vorrangig ihre Kenntnisse beziehe und ob es direkte Kontakte der Landesregierung zu Mitgliedern der Verhandlungsdelegationen gebe.

Frau Staatssekretärin Raab gibt zur Antwort, eine wichtige Gesprächspartnerin sei Frau Sabine Weyand, die seit 20 Jahren in der Kommission in verschiedenen Führungsaufgaben tätig gewesen und zudem Stellvertreterin von Michel Barnier sei. Sie habe Rheinland-Pfalz bereits in der EMK informiert. Am kommenden Montag werde sie in Berlin im Kreise der Bevollmächtigten zu Gast sein. Bei Frau Weyand handele es sich um die deutsche Chefunterhändlerin auf Brüsseler Ebene für die Kommission. Sie bemühe sich, viele Gesprächsebenen mit der Bundesregierung und den Ländern wahrzunehmen.

Der zweite wichtige Gesprächspartner sei der für Europa zuständige Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth. Regelmäßig gebe es eine Brexit-Runde auf EMK-Ebene, meist nach dem Bundesrat freitagmittags.

Unterhalb dieser Ebene seien Arbeitsebenen gebildet worden. Dort informierten die Stäbe des Auswärtigen Amtes regelmäßig die Mitarbeiter der Länder zwischen den anderen Terminen.

Frau Abg. Willius-Senzer merkt an, in der Presse werde von zögerlicher Arbeit auf britischer Seite berichtet. Gebeten werde um eine Bewertung des Zeitplans für die Verhandlungen.

12. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 29.08.2017
– Öffentliche Sitzung –

Frau Staatssekretärin Raab hat den Eindruck, die Briten beharren derzeit auf ihren Verhandlungszielen, die nicht mit den Zielen der anderen 27 Mitgliedsländer übereinstimmen. Irgendwann müsse sich etwas in Bewegung setzen. Derzeit seien die Verhandlungspositionen sehr verhärtet.

Frau Abg. Willius-Senzer möchte bestätigt wissen, die anderen Länder stünden recht gut zusammen.

Frau Staatssekretärin Raab bejaht, die relativ starre Verhandlungsposition des Vereinigten Königreiches habe zu einem großen Einigungsdruck für die 27 Mitgliedsstaaten geführt. Dies könne als erfreulich betrachtet werden.

Die Anträge – Vorlagen 17/1807/1810 – haben ihre Erledigung gefunden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Ergebnisse der 74. Europaministerkonferenz der Länder am 17./18. Mai 2017 in Wismar

Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
– Vorlage 17/1696 –

Frau Staatssekretärin Raab trägt vor, derzeit werde die 75. Europaministerkonferenz unter dem Vorsitz von Niedersachsen vorbereitet. Die Themen der 74. Europaministerkonferenz seien der mittelfristige mehrjährige Finanzrahmen, die Situation im Mittelmeer, europapolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, der Brexit und die Zukunft der EU gewesen.

Das Weißbuch der Juncker-Kommission mit seinen fünf Szenarien für die Zukunft der EU liege vor. Es werde als positiv empfunden, dass die Bürger Europa wieder stärker als Herzensanliegen artikulierten. Gute Gespräche hätten mit Herrn Pöttering und Kommissar Oettinger stattgefunden. Letzterer habe explizit auf die Bedeutung der Strukturpolitik in den nächsten Jahren hingewiesen. Der britische Beitrag zum EU-Haushalt werde in den Fonds spürbar fehlen. Dies betreffe auch Rheinland-Pfalz.

Kommissar Oettinger sowie die Länder hätten ein klares Bekenntnis zur Bedeutung der Regionalpolitik abgegeben.

Zur Situation im Mittelmeer hätten Matthias Ruete von der Generaldirektion Migration und Inneres sowie der zuständige Einsatzleiter von Frontex berichtet. Vor dem Hintergrund des gestrigen Gipfeltreffens in Paris zur Flüchtlingssituation im Mittelmeer und dem Umgang damit in den afrikanischen Ländern hätten Weiterentwicklungen stattgefunden. Es sei verdeutlicht worden, die Hauptankunftsländer wie Italien, Griechenland und Spanien dürften nicht alleingelassen werden.

Für kommende Woche werde die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zu dem Vertragsverletzungsverfahren von Ungarn, Polen und Tschechien wegen der Nichtaufnahme von Flüchtlingen erwartet.

Die Länder hätten deutlich artikuliert, Solidarität könne in Europa keine Einbahnstraße darstellen. Umverteilung sei wichtig, sowohl in Bezug auf die südlichen als auch die osteuropäischen Mitgliedstaaten.

Auf der Tagesordnung der kommenden Europaministerkonferenz stünden die Zukunft der EU, der mehrjährige Finanzrahmen, Kohäsionspolitik, Brexit, EU-Handelspolitik und die Zukunft des sozialen Europas.

Herr Vors. Abg. Hartenfels bedankt sich für den Überblick. Bezüglich der fünf Szenarien für die Zukunft der EU stelle sich die Frage, wie sich die Landesregierung dazu positioniere.

Frau Staatssekretärin Raab gibt zur Auskunft, für Rheinland-Pfalz stelle die Subsidiarität ein bedeutendes Thema dar. Die fünf Szenarien lauteten „Weiter so wie bisher“, „Schwerpunkt Binnenmarkt“, „Wer mehr will, tut mehr“, „Weniger, aber effizienter“ und „Viel mehr gemeinsames Handeln“.

Die rheinland-pfälzische Position bestehe in einer Mischung aus Szenario drei und vier. Bei Szenario drei, „Wer mehr will, tut mehr“, werde der Subsidiaritätsgedanke stark aufgenommen. Dabei gehe es um ein Europa der differenzierten Integration und eine Kooperation in föderalen Strukturen. Dies entspreche der Haltung der Landesregierung. Die Koalition der Willigen bedeute, die Länder könnten in manchen Bereichen weiter vorangehen, wenn sie dies wollten.

Aus Gesprächen sei bekannt, vieles werde als zu bürokratisch empfunden. Im Sommer hätten Besuche bei einigen der INTERREG-Projekte stattgefunden. Die Antragsverfahren seien sehr kompliziert geworden. Dies lasse zu Szenario vier, „Weniger, aber effizienter“, mit weniger Bürokratie tendieren.

Herr Vors. Abg. Hartenfels stellt zur Flüchtlingspolitik die Frage, wie weit die Fortschritte zum Resettlement-Abkommen gediehen seien. Bis auf drei Länder, die sich einer Umverteilung verweigerten, werde davon ausgegangen, dass die Umverteilung in den anderen Ländern funktioniere und solidarisere Wege als in der Vergangenheit beschritten würden.

12. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 29.08.2017
– Öffentliche Sitzung –

Frau Staatssekretärin Raab teilt mit, es gebe positivere Signale. Die drei betreffenden Länder hätten sich vollständig geweigert. Es habe sich um marginale Aufnahmezahlen gehandelt.

In den Südländern gebe es dramatische Situationen. Seit ein bis zwei Wochen schienen weniger Menschen in Italien anzukommen. Es bleibe abzuwarten, wie sich die Zahlen entwickelten. Dabei handele es sich derzeit noch um einen Tropfen auf den heißen Stein.

Frau Abg. Willius-Senzer bittet um Auskunft, ob bei der Landesregierung die Bereitschaft bestehe, sich für eine verstärkt vor Ort bzw. von lokalen und regionalen Stellen zu treffende Entscheidung über die Verwendung von Finanzinstrumenten oder Zuschüssen einzusetzen.

Zu fragen sei, ob der Landesregierung Beschwerden von Begünstigten aus Rheinland-Pfalz vorlägen, dass eine Unterstützung durch Fördermittel nicht den Aufwand lohne.

Frau Staatssekretärin Raab weist darauf hin, dies betreffe den Bericht des Ausschusses der Regionen, der im nächsten Tagesordnungspunkt behandelt werde.

Herr Vors. Abg. Hartenfels und **Frau Abg. Willius-Senzer** einigen sich darauf, die Fragen bis zum nächsten Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Vorlage 17/1696 –
Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Ergebnisse der 123. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 11. bis 12. Mai 2017

Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
– Vorlage 17/1705 –

Frau Staatssekretärin Raab informiert, nicht nur das Europäische Parlament habe mit Antonio Tajani einen neuen Präsidenten, sondern auch im Ausschuss der Regionen (AdR) gebe es mit Karl-Heinz Lambertz einen neuen Präsidenten. Dieser sei in Rheinland-Pfalz sehr gut bekannt. Einer guten Zusammenarbeit werde entgegengesehen. Herr Lambertz habe zugesagt, die Abgeordneten bei einem Besuch in Brüssel gerne persönlich begrüßen zu wollen.

Stellungnahmen seien zum Thema der Kohäsionspolitik verabschiedet worden. Dies sei für alle im AdR von großer Wichtigkeit, um die Bedeutung der regionalen Förderung zu betonen.

Es handele sich um ein Gremium von weit über 600 Parlamentariern aus 28 Mitgliedstaaten. Wenn dort etwas verabschiedet werde, entspreche dies nicht immer vollständig der Haltung von Rheinland-Pfalz. Es hänge stark von dem jeweiligen Berichterstatter ab. Deutliche Nuancen je nach Region würden wahrgenommen.

Eine Resolution zum EU-Haushaltsplan sei gemacht worden. Bei den angesprochenen Themen sei es um die Laufzeitverlängerung der EFSI-Förderung, die Forderung nach mehr Ressourcen bei Horizont 2020 und den Ausbau der Jugendgarantie gegangen.

Die nächste Sitzung des AdR werde Mitte Oktober 2017 stattfinden.

Zu den Fragen von Frau Abgeordnete Willius-Senzer beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt könne gesagt werden, Wert werde darauf gelegt, für die Kohäsionsfonds zu kämpfen. Es sei fraglich, wer sich vor Ort darum kümmern werde und ob dies auf kommunaler Ebene zu leisten sei.

Die Antragssituation bei Mitteln aus EFRE und INTERREG gestalte sich mittlerweile sehr bürokratisch und kompliziert. Am Vortag habe ein Gespräch mit den Präsidenten der Mittelbehörden sowie Landrat Schartz für EUREGIO stattgefunden.

Als Ergebnis des Gespräches solle ein regelmäßiger Austausch erfolgen, um die Förderpolitik für die Regionen und Kommunen zu verbessern und mehr Projekte durchführen zu können. Des Weiteren sei die Bedeutung der begleitenden Beratung betont worden. Diese erfolge über ADD, SGD und viele Landkreise. Eine begleitende Beratung werde insbesondere im Zusammenhang mit INTERREG notwendig. Zudem bestehe die Absicht, in den Großregionen voneinander zu lernen. In der Oberrheinkonferenz werde Rheinland-Pfalz nun die Präsidentschaft übernehmen. Bei INTERREG sei ein Fonds für Kleinprojekte aufgelegt worden. Dies habe die Zustimmung der Grande Region gefunden.

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Vorlage 17/1705 –
Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Deutsch-Französischer Ministerrat

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Vorlage 17/1803 –

Herr Vors. Abg. Hartenfels führt aus, Mitte Juli 2017 habe sich die Bundesregierung erstmals mit Staatspräsident Macron getroffen. Von Frankreich gehe derzeit eine große Hoffnung auf europapolitische Fortschritte aus. Das zeitnahe Benennen konkreter Projekte zur positiven Weiterentwicklung Europas werde als sinnvoll erachtet.

Frau Staatssekretärin Raab trägt vor, beide Kabinette hätten am 13. Juli 2017 in Paris getagt. Es habe sich um die erste Sitzung von Emmanuel Macron gehandelt. Er setze sich momentan unter anderem für Nachbesserungen beim Revisionsentwurf der Entsenderichtlinie ein.

Der Deutsch-Französische Ministerrat habe eine ausführliche Erklärung verabschiedet und viele Projekte erörtert. Für Ministerpräsidentin Malu Dreyer habe die deutsch-französische Freundschaft große Bedeutung. Als Bundesratspräsidentin sei sie am zweiten Tag nach ihrer Amtsübernahme nach Frankreich gereist. Dort hätten Gespräche mit Senatspräsident Larcher und dem damaligen Außenminister Ayrault stattgefunden. Viele weitere Begegnungen habe es in Bratislava mit Larcher und anderen gegeben. Für die Landesregierung sei dies sehr wichtig.

In der verabschiedeten Erklärung würden als zentrale Bereiche Bildung, Hochschulbildung, Kultur, Arbeit, die Entsenderichtlinie, Wirtschaft, Finanzen und Inneres genannt. Dies habe eine wichtige Grundlage zur Neujustierung der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Brexit dargestellt.

Bei der Bildung gehe es um das Erlernen der Sprache des Nachbarn und Mittel aus Erasmus+. Die Hochschulbildung beinhalte vor allem die Entwicklung eines gemeinsamen Forschungsprogramms zu Klima und Energie im Zusammenhang mit der Initiative „Make Our Planet Great Again“. Nach dem Austritt der USA aus dem Klimaschutzabkommen komme dem große Bedeutung zu. Alle wollten die Pariser Klimaziele erreichen. Auch für Rheinland-Pfalz sei dies entscheidend.

Bezüglich der Kultur werde Frankreich Ehrengast bei der diesjährigen Frankfurter Buchmesse sein. Dies biete Anlass zur Organisation politischer Treffen europäischer Kulturminister. Derartiges sei momentan in Planung, um die kulturelle Vielfalt in Europa weiterhin zu vertiefen.

Deutschland und Frankreich wollten sich besonders einsetzen für den Schutz des kulturellen Erbes, die Mobilität von Kulturschaffenden, die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern und dafür, Raum für kulturelle Mobilität zu bieten.

Rheinland-Pfalz als Vorsitzland der Rundfunkkommission der Länder habe die Runden zur Audiovisuellen Mediendienste-Richtlinie aktiv in Brüssel begleitet. Die Revision sei begrüßt worden. Derzeit finde das Trilogverfahren statt. Im Nachgang würden bessere geeinte Regelungen gefunden, um auf europäischer Ebene mit Hassbotschaften und Fake News umzugehen. In einer globalen Medienwelt müsse konsentiert vorgegangen werden.

Ein Augenmerk sei auf den gemeinsamen Kultursender ARTE gelegt worden, um Europa durch Kultur und Bildung zu stärken.

Im Bereich der Arbeit fordere Präsident Macron Nachbesserungen bei der Entsenderichtlinie. Deutschland, Österreich und weitere sechs bis sieben Länder hätten eine Unterstützung der französischen Initiative zugesagt. Gerichtet werde sich gegen Lohndumping. Bei der in Frankreich herrschenden Arbeitslosenquote habe dies eine noch größere Bedeutung als in Deutschland.

Rheinland-Pfalz habe sich mit dem Saarland und Baden-Württemberg bezüglich des Loi-Macron-Gesetzes an die Bundesregierung gewandt. Dabei gehe es um die Dienstleistungsrichtlinie, die insbesondere Handwerksbetriebe in der grenznahen Region durch mehr Bürokratie belaste.

12. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 29.08.2017
– Öffentliche Sitzung –

Bei den Finanzen seien Steuerharmonisierungen, eine gemeinsame Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage, die Stärkung der Eurozone, der mittelfristige Finanzrahmen und die Kohäsionspolitik thematisiert worden.

Angesprochen worden seien die Migrationsströme, Transit- und Heimatländer, Grenzüberwachung und Bekämpfung von Menschenhandel. Frankreich und Deutschland hätten sich dazu bekannt, mehr Personal für Frontex und EASO bereitzustellen, um die in Italien, Griechenland und Spanien eingerichteten Hotspots besser zu unterstützen.

Es gehe um die Erfassung europäischer Staatsangehörigkeiten und den Schengener Grenzkodex. Ein deutsch-französischer Integrationsrat sei gegründet worden. Im Mittelpunkt stünden dort der Austausch über gute Praktiken im Bereich des Spracherwerbs, die Vermittlung demokratischer Werte zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Förderung der Integration durch Information und Orientierung von Migranten, der Austausch über Chancengleichheit und Bildung sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Herr Vors. Abg. Hartenfels bedankt sich für den Bericht.

Frau Abg. Willius-Senzer stellt die Frage, ob es Möglichkeiten gebe, auf die Inhalte des Deutsch-Französischen Ministerrats Einfluss zu nehmen.

Das Schreiben von Frau Staatssekretärin Raab bezüglich der Handwerksbetriebe bzw. des Loi-Macron-Gesetzes werde begrüßt. Gefragt werde, ob bereits eine Antwort erfolgt sei.

Frau Staatssekretärin Raab informiert, die Antwort habe gelautet, die drei Ministerpräsidenten bzw. die Bundesregierung wolle dies beachten und in die Gespräche einbringen.

Die drei Länder entlang der französischen Grenze hätten einen regelmäßigen Austausch verabredet. Die erste Sitzung habe im Saarland stattgefunden, die zweite werde in Rheinland-Pfalz und die dritte hoffentlich in Baden-Württemberg stattfinden. Ein Ziel stelle das Beleuchten deutsch-französischer Aspekte von Länderebene dar.

Malu Dreyer habe als Ministerpräsidentin und Bundesratspräsidentin dieses Jahr besonders intensiv nutzen können, um in Gesprächen mit der Bundesregierung sowie auf europäischer und internationaler Ebene wichtige Aspekte einzubringen.

Herr Vors. Abg. Hartenfels möchte geklärt wissen, ob es bezüglich der Projekte zum Klimaschutz zwischen Deutschland und Frankreich einen Zeitplan gebe.

Frau Staatssekretärin Raab legt dar, dies müsse beim zuständigen Ressort, vermutlich auf Bundesebene, erfragt werden. Gerne werde die diesbezügliche Auskunft nachgeliefert.

Herr Vors. Abg. Hartenfels bittet um den Sprechvermerk, der von **Frau Staatssekretärin Raab** zugesagt wird.

Auf Bitte von Herrn Abg. Hartenfels sagt Frau Staatssekretärin Raab zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Auf Bitte von Herrn Abg. Hartenfels sagt Frau Staatssekretärin Raab darüber hinaus zu, dem Ausschuss eine Übersicht der deutsch-französischen Klimaschutzprojekte und – soweit möglich – den Zeitplan für deren Umsetzung zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag – Vorlage 17/1803 – hat seine Erledigung gefunden.

**12. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 29.08.2017
– Öffentliche Sitzung –**

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Herr Vors. Abg. Hartenfels sowie Frau Charbonnier, Referentin in der Staatskanzlei, informieren über den geplanten Arbeitsbesuch des Ausschusses vom 28. bis 29. November 2017 in Brüssel.

Herr Abg. Schreiner bittet die Landtagsverwaltung, den Ausschussmitgliedern eine Übersicht über die Themen der verschiedenen Informationsfahrten der anderen Ausschüsse zur Verfügung zu stellen.

Herr Vors. Abg. Hartenfels bittet die Fraktionen, sich bis zur nächsten Ausschusssitzung Vorschläge für ein Ziel und mögliche Themen der Informationsfahrt des Ausschusses zu überlegen und regt an, die Informationsfahrt für den Herbst 2018 zu planen.

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt **Herr Vors. Abg. Hartenfels** die Sitzung.

gez. Patzwaldt
Protokollführerin

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Denninghoff, Jörg	SPD
Geis, Manfred	SPD
Rommelfanger, Lothar	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Wansch, Thomas	SPD
Ernst, Guido	CDU
Kessel, Adolf	CDU
Meurer, Elfriede	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Lohr, Damian	AfD
Willius-Senzer, Cornelia	FDP
Hartenfels, Andreas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Raab, Heike	Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
Charbonnier, Bénédicte	Referentin in der Staatskanzlei

Landtagsverwaltung:

Hardt, Dr. Markus	Ministerialrat
Patzwaldt, Damaris	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)